

Regierungsratskandidaten lieferten sich Schlagabtausch in Wetzikon

Wetzikon Im «Krone»-Saal versuchten Regierungsratskandidaten am Mittwoch, ihrer Konkurrenz den Rang abzulaufen. So unterschiedlich ihre Herangehensweisen und Stimmungslagen waren, konnte doch jeder von ihnen auf eigene Art punkten.

Luca Da Rugna

Der Ansturm des Publikums war an diesem Abend im Wetziker «Krone»-Saal so gross, dass kurzfristig zwei Sitzreihen zusätzlich aufgestellt werden mussten. Für manche reichte es dennoch nur für einem Stehplatz. Grund: In 17 Tagen wird die Zürcher Regierung gewählt. Also genau in so vielen Tagen, wie es Regierungsratskandidaten gibt. An diesem Abend waren jedoch nur 13 vor Ort.

Oliver Steffen, Chefredaktor vom Tele Züri, moderierte zwei Fragerunden mit Witz und Beharrlichkeit. Aber auch der Kantonsratskandidat René Schweizer (SVP), der den Lead der Veranstaltung innehatte, sorgte gleich zu Beginn für Gelächter. «Die Veranstaltung fängt extra etwas später an, schliesslich befinden wir uns in einer Tempo-30-Zone.»

Ja oder nein?!

Der Moderator überraschte die erste Charge der Kandidaten zum Einstieg mit Fragen, die mit einem schlichten Ja oder Nein hätten beantwortet werden müssen, wobei sich wie gewohnt fast niemand daran hielt.

Wäre Bundesrat Alain Berset (SP) Regierungsrat, müsste er angesichts der «Blick»-Affäre zurücktreten? Natalie Rickli (SVP, bisher): «Die Frage kann nur er selbst beantworten.» Peter Grünenfelder (FDP, neu): «Wenn er es gewusst hat, ja!» Silvia Steiner (Die Mitte, bisher) und Benno Scherrer (GLP, neu): «Ja!»

«Da ich nicht mehr in der SP bin, gebe ich die Frage weiter.»

Mario Fehr (parteilos)

Mario Fehr (parteilos, bisher) meinte nur, da er nicht mehr in der SP sei, gebe er die Frage weiter, während seine ehemalige Parteikollegin Priska Seiler Graf (SP, neu) die Frage ablehnte.

Die wohl noch etwas heikle Frage, ob die Schweiz die Ukraine mit Waffen beliefern solle, beantworteten hingegen nur Natalie Rickli und Benno Scherrer mit einem Nein und einem Jein. Alle anderen wären grundsätzlich dafür.

Viel Negatives

Selbstverständlich ging es an diesem Abend wie an jeder Podiumsdiskussion der Regierungsratskandidaten um die Bildungspolitik, die Klimapolitik, die Wirtschaft, den Gesundheitssektor oder den Verkehr.



Ein Grossteil der Kandidierenden für den Regierungsrat präsentierte dem Publikum auf dem Podium im Wetziker «Krone»-Saal seine Standpunkte. Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden dabei in zwei Gruppen aufgeteilt. Foto: Seraina Boner

Wie gewohnt bemängelten sowohl Priska Seiler Graf als auch Benno Scherrer den angeblich mit viel zu viel Bürokratie belasteten Bildungssektor. Die beiden haben es schliesslich auf den Sitz von Silvia Steiner abgesehen. Die verteidigte ihre Bildungspolitik selbstredend: «Alles blinde Behauptungen.»

Peter Grünenfelder betrachtet die ganze Bildungskampagne im Wahlkampf derweil als merkwürdig. Allerdings hatte auch er vieles zu bemängeln: «Unser System ist nun mal das, was wir haben. Eher die Autonomie der Schulgemeinden sowie die integrative Schule müssen vorangetrieben werden.»

Wie zu erwarten war, ist für ihn der öffentliche Sektor ein Störfaktor, der viel zu viele Mitarbeiter habe und es dennoch nicht hinkriege, die Digitalisierung voranzutreiben. Er sprach dabei von einer «Steinwüste».

Zürich als Paradies

Für Natalie Rickli herrscht im Bildungs- wie im Gesundheitsbereich ein Problem, das man in allen Bereichen grundsätzlich feststellen könne: «Alle möchten alles und am besten sofort und derweil aber nur in Teilzeit arbeiten, was letztlich auch einen Fachkräftemangel verursacht.»

Die Zuwanderung und das stetige Bevölkerungswachstum mit immer weniger Arbeitskräften zu bewältigen, sei kaum machbar. Generell könne man das kantonale Gesundheitssystem aber noch immer beneiden. Mario Fehr hingegen bemühte sich, jenen Dingen, die im Kanton Zürich sehr gut funktionieren, etwas mehr Raum zu geben. «Allein im letzten Jahr haben wir 15 000 Ukrainerinnen und

Ukrainer aufgenommen und von den Jungen alle unglaublich schnell in die Schulen integrieren können.» Die Schweiz und speziell der Kanton Zürich seien ein Paradies, während die wahren Probleme in anderen Ländern lägen.

«Die Ukrainer sind im Bereich Integration beispielhafte Flüchtlinge.»

Peter Grünenfelder (FDP)

Peter Grünenfelder entgegnete dabei nur: «Die Ukrainer sind im Bereich Integration beispielhafte Flüchtlinge, allerdings auch nicht unbedingt geeignete Arbeitskräfte, da sie permanent in Sorge um ihre Liebsten in der Heimat sind, was ich auch verstehe.» Probleme gebe es eher mit den sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen, die hier bleiben wollten.

Mario Fehr lockerte die Stimmung hinsichtlich der Problematik im Gesundheitssektor zum Schluss auf und regionalisierte: «Gehen Sie auf den Bachtel zum Spazieren oder nutzen Sie die übrigens digital zu öffnenden Sportboxen in der Region, das

sorgt auch für Entlastung.» Er selbst sei ein rüstiger Rentner, also RR – was heisst: Regierungsrat.

Windräder auf dem Bachtel?

Für die zweite Runde wurde folgende Frage gestellt: Sollen Atomkraftwerke laufen gelassen werden? Hierbei gab es von Regierungspräsident Ernst Stocker (SVP, bisher), Daniel Sommer (EVP, neu), Carmen Walker Späh (FDP, bisher) und Hans-Peter Amrein (parteilos, neu) ein klares Ja. Jacqueline Fehr (SP, bisher), Anne Claude Hensch (AL, neu) und Martin Neukom (Grüne, bisher) lehnten dafür klar ab.

Insgesamt hatte diese Kandidatenrunde wohl den Vorteil, dass von «heissen Eisen» gesprochen wurde, die speziell das Oberland betreffen. Sprich beispielsweise die Fragen: Tempo-30-Zonen flächendeckend in gewissen Regionen oder gar unzählige Windräder auf dem Bachtel?

Moderator Oliver Steffen fragte Baudirektor Martin Neukom: «Will denn die 120 geplanten Windräder, die sie bauen wollen, überhaupt jemand?» Und seien diese nicht die Bausünden von Morgen?

Neukom erklärte: «Ich baue keine 120 Windräder, das habe ich nie behauptet, sondern wir schaffen die Planungsgrundlagen, da Studien besagen, dass die Region hier dazu geeignet ist.» Mit den Windrädern sei es möglich, 170 000 Haushalte zu versorgen.

Daniel Sommer sieht die Windräder nur als Übergangsmöglichkeit. Man könne diese, bis neue Technologien auf den Markt kämen, nutzen und dann wieder abbauen. «Wenn eine

300-Seelen-Gemeinde mit ihren Einsprachen den Bau schon verhindern kann, wird es allerdings schwierig und noch lange Zeit dauern.»

Für Anne Claude Hensch ist diesbezüglich klar: «Nicht nur eingeleisig denken, und vor allem bin ich gegen Gesetze, die der Bevölkerung ihre Stimmen rauben und von Bern gelenkt werden.»

«Wenn etwas kostet, wird es abgelehnt seitens der Bürgerlichen.»

Martin Neukom (Grüne)

Carmen Walker Späh möchte generell Windräder und Solaranlagen an jenen Orten, wo es wirklich Sinn ergebe, und bleibt offen für alles. Ein grosses Problem: die Energiestrategie in Bern, die kaum etwas konkret definieren würde.

Ernst Stocker scherzte: «Kalt duschen wurde empfohlen.» Für Martin Neukom ist die Vergangenheit ein Problem. «Wenn etwas kostet, wird es abgelehnt seitens der Bürgerlichen, und über Jahre hat man billig Strom aus dem Ausland gekauft, was uns nun auf die Füsse fällt.»

Hans-Peter Amrein polterte der eher ruhigen Runde entgegen: «Die Studie von Martin Neukoms Freunden sind doch Humbug.» Er wolle «Vogelfänger» weder auf der Forch noch auf dem Bachtel. Zudem gebe es keine Forschungsverbote, also solle sich Neukom lieber einmal um die Erhöhung von Staumauern in den Bergen kümmern. «Lieber in mehr Start-ups investieren als nur diese eine Schiene fahren.»

Kein «Föhnsturm» im Saal

Zum Schluss ging es um die Frage von Tempo-30-Zonen, die mittlerweile auch im Oberland vielerorts Einzug halten. «Wie man mir ansieht, befinde ich mich bei dieser Debatte stets im Föhnsturm», witzelte Carmen Walker Späh und spielte auf ihre Frisur an. Generell habe Tempo 30 in den Quartieren für mehr Ruhe und Sicherheit gesorgt. Dies solle ruhig ausgebaut werden.

Der Verkehr sei allerdings wie ein Adersystem, was so viel bedeute wie: Wo die Hauptschlagadern seien, da müsse er schneller fließen. «Vor allem Städte sind Wirtschaftsorte und müssen für KMU-Betriebe schnell durchfahren werden können.» Probleme sehe man allerdings bei dem öffentlichen Verkehr, der vielfach ausgebremst werde.

Ernst Stocker findet: «Man muss flexibler denken. Beispielsweise macht Tempo 30 auf gewissen Strassen nachts überhaupt keinen Sinn.»

Insgesamt war die Stimmung an diesem Abend auf bürgerlicher wie auch auf linker Seite ziemlich entspannt. Im «Krone»-Saal kam auch deshalb bis zum Schluss kein «Föhnsturm» auf.